Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
24.12.2009
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Meike Lachmann
Telefon-Nr.
02202-141461

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr
Sitzung am Dienstag, 01.12.2009

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:27 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Verpflichtung sachkundiger Ausschussmitglieder/Ausschussmitgliederinnen**

3 **Bestellung einer Schriftführerin sowie zweier stellvertretender Schriftführer**
0493/2009

4 **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 17.09.2009 - öffentlicher Teil -, soweit dies die Belange des neuen Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr betrifft**

5 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für**

Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 17.09.2009 - öffentlicher Teil - soweit dies die Belange des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr betrifft.
0495/2009

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

7 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

8 Ausbau von jeweils einer Mittelinsel in der Gierather Straße und im Schlodderdicher Weg
0497/2009

9 Anträge der Fraktionen

9.1 Antrag der CDU-Fraktion, eingegangen am 12.11.2009, die Verwaltung möge prüfen, welche Dächer von städtischen Gebäuden aktuell und kurzfristig für die Nutzung von Solaranlagen geeignet sind und in welcher Form diese kurzfristig vermarktet werden können
0501/2009

9.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 9. November 2009, an der Bushaltestelle Siebenmorgen/Dolmanstraße, Fahrtrichtung Gladbach, eine Wartehalle aufzustellen
0508/2009

10 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Günter Ziffus, begrüßt die anwesenden Teilnehmer der 1. Sitzung des Ausschusses in der achten Wahlperiode sowie die Gäste und eröffnet die Sitzung.

Er regt an, die Mitteilung des Bürgermeisters über die schalltechnische Untersuchung im Bebauungsplanverfahren Nr. 1431 –Kempener Straße Paffrath- zur Erweiterung eines Verbrauchermarkts als Tagesordnungspunkt TOP 8a in der Tagesordnung zu ergänzen, da der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 *der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister –Zuständigkeitsordnung-* über Fachbeiträge gesamtkonzeptioneller Art berät und dementsprechend eine Empfehlung abgeben kann.

Frau Kreft wendet ein, dass sie erst gestern ein Fraktionsexemplar der schalltechnischen Untersuchung zugeschickt bekommen habe und noch nicht dazu gekommen sei, dieses zu lesen und an die anderen Fraktionsmitglieder weiterzuleiten. Von daher lehne sie es ab eine Empfehlung darüber abzugeben, ohne den Inhalt der Vorlage zu kennen und sich mit den anderen Fraktionsmitgliedern besprochen zu haben.

Herr Mömkes schließt sich Frau Krefts Aussage an.

Der Vorsitzende entgegnet, dass er die Vorlage bereits am Freitag erhalten habe. Als Konsequenz der Aussagen von Frau Kreft und Herrn Mömkes könne demzufolge im Planungsausschuss nicht über diese Vorlage beraten werden.

Herr Schmickler gibt zu bedenken, dass in diesem Fall der mit dem Antragssteller abgestimmte Fristablauf versäumt werde und die vereinbarten Bautermine dementsprechend nicht mehr eingehalten werden könnten.

Weiterhin merkt Frau Kreft an, dass innerhalb der Fraktionen eine Kommunikation zwischen den Vertretern des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und den Mitgliedern des Planungsausschusses existiere, so dass es zu keiner Abweichung des Fristablaufes kommen müsse.

Herr Höring stellt den Antrag, an dieser Stelle auf eine Beratung des Umweltausschusses zu verzichten, so dass der Planungsausschuss in seiner nächsten Sitzung über die Vorlage beraten könne. Er vertraue darauf, dass innerhalb der Fraktionen eine Abstimmung zwischen den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und den Mitgliedern des Planungsausschusses herbeigeführt werde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass er diesen akzeptieren wird. Er bittet jedoch darauf zu achten, solche Vorlagen dem Ausschuss zukünftig rechtzeitig vorzulegen.

Im Übrigen stellt der Vorsitzende fest, dass der Ausschuss ordnungs- sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

2. Verpflichtung sachkundiger Ausschussmitglieder/Ausschussmitgliederinnen

Der Vorsitzende verpflichtet die sachkundigen Ausschussmitglieder Herrn Ebbinghaus und Herrn Ferger und die sachkundigen stellvertretenden Ausschussmitglieder Herrn Schmidt und Herrn Quink unter Verlesung des obligatorischen Verpflichtungstextes.

3. Bestellung einer Schriftführerin sowie zweier stellvertretender Schriftführer

0493/2009

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst einstimmig den Beschluss:

Frau Stadtinspektorin Meike Lachmann wird zur Schriftführerin des Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestellt. Im Falle ihrer Verhinderung nehmen Herr Stadtamtmann Norbert Riedel bzw. Herr Stadtamtmann Willi Schmitz diese Aufgabe war.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 17.09.2009 - öffentlicher Teil -, soweit dies die Belange des neuen Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr betrifft

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 17.09.2009 – öffentlicher Teil – wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt, soweit dies die Belange des neuen Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr betrifft.

5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 17.09.2009 - öffentlicher Teil - soweit dies die Belange des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr betrifft.

0495/2009

Der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 17.09.2009 – öffentlicher Teil – wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen, soweit dies die Belange des neuen Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr betrifft.

6. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Widdenhöfer berichtet über die letzte Sitzung der Fluglärmkommission. Er stellt klar, dass die Fluglärmkommission ein Beratungsgremium für die Genehmigungsbehörde, sprich das Verkehrsministerium in Düsseldorf, sei und nur Vorschläge unterbreiten könne. Der Bericht über die letzte Sitzung der Fluglärmkommission werde der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Komenda fragt nach, inwieweit die Fluglärmkommission Einfluss darauf habe, welche Maschinen am Flughafen noch genutzt werden dürften. So werde seit fast 10 Jahren versprochen, dass das veraltete UPS-Flugzeug, welches nachts gegen 05.00 Uhr mit hohem Geräuschpegel über Bergisch Gladbach hinweg fliegt, ausgetauscht werde. Er schlägt vor, die Gebühren für unzeitgemäße laute Maschinen beim Flughafen Köln/Bonn anzuheben, so dass solche Maschinen zukünftig andere Flughäfen anfliegen würden.

Herr Höring bittet darum, den Bericht über die Sitzung der Fluglärmkommission dem Protokoll beizufügen. Man müsse ergänzend zur Aussage von Herrn Komenda jedoch beachten, dass durch die neu hinzukommenden Flugzeuge von FedEx zwar eine erhöhte Flugbewegung entstehe, gleichzeitig jedoch auch Arbeitsplätze in der Region geschaffen würden.

Herr Santillán möchte gerne wissen, mit wie viel mehr Flugbewegungen zukünftig anhand der genannten Zahlen am Flughafen Köln/Bonn im Flugkorridor Königsforstabflug gerechnet werden müsse.

Hingegen interessiert Herr Schallehn sich dafür, ob die Daten der Station auf dem Vinzenz-Pallotti Hospital für die Allgemeinheit zugänglich seien.

Herr Kühl fragt nach, ob bei den Zahlen zwischen Tag- und Nachflügen differenziert werde und ob zukünftig mit einer Zunahme der Nachflüge gerechnet werden müsse.

Zusammenfassend auf die Fragen antwortend, erklärt Herr Widdenhöfer, dass die Fluglärmkommission keinerlei Einfluss auf den Einsatz von Maschinen habe. Bezüglich des Einsatzes von lärmintensiven Flugzeugen gebe es eine Bonusliste vom Bundesverkehrsministerium, in der alle neuwertigen lärmärmeren Maschinen erfasst seien. Alte und laute Maschinen müssten demnach nach und nach ausgetauscht werden, wobei dies in der Form sichergestellt werde, dass Flugunternehmen, die sich ein neues Flugzeug anschaffen oder ein altes Flugzeug ersetzen, nur eine Maschine, welche in der sog. Bonusliste festgehalten sei, wählen dürfen. Zur Frage von Herrn Santillán erläutert er, dass die Zunahme der Flugbewegungen insgesamt auch zu Flugzunahmen im Flugkorridor Königsforstabflug führen werde. Der Königsforstabflug werde gut genutzt, so dass dieser Abflugkorridor über 30 % des gesamten Abfluges vom Köln/Bonner Flughafen ausmache. Wie viele Maschinen genau über diesen Weg abflögen, hänge jeweils von der Windrichtung ab. Die Daten der Station auf dem Vinzenz-Pallotti Hospital könnten im Internet aufgerufen werden. Er sei bereit, die entsprechenden Internetseiten seinem Bericht für das Protokoll beizufügen. Darüber hinaus betreibe die örtliche Lärmschutzgemeinschaft auf dem Hochhaus im Bereich Terrassenstadt eine private Messstelle. Tag- und Nachtflüge würden sehr differenziert festgehalten. Man müsse davon ausgehen, dass die Zahl der Nachflüge ansteige, sobald FedEx ab 2010 den Köln/Bonner Flughafen anfliegen werde.

Der Vorsitzende möchte wissen, warum im August 2009 nachts deutlich mehr Flüge nach Nordwesten starteten als am Tag. Er vermutet, dass dieser Umstand mit der Windrichtung zusammenhänge.

Herr Widdenhöfer bestätigt diese Vermutung und begründet, dass die Flugsicherung die Startrichtung der Flugzeuge nach der Windrichtung vorgebe.

Herr Höring würde gerne wissen, ob die blauen Abflugrouten nachts zum Schutz der Bürger gesperrt seien.

Hierzu erklärt Herr Widdenhöfer, dass die Landesregierung bereits vor 15 Jahren beschlossen habe, die sogenannte Querwindbahn im Gegensatz zu den großen Startbahnen 32 R bzw. L und 14 R nachts nicht zu nutzen.

7. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Ziffus teilt die Sitzungstermine des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr für das Jahr 2010 mit. Am 14.01.2010 bestehe die Möglichkeit für den Ausschuss zu tagen, falls die Bauleitplanung feststelle, dass wichtige Angelegenheiten besprochen werden müssten, die keinen

Aufschub bis Februar dulden würden. Ob der Termin wahrgenommen werde, kläre sich demnach kurzfristig.

Die Sitzungstermine für das Jahr 2010 seien jeweils donnerstags am 14.01.2010 (optional im Großen Ratssaal des Rathauses Bergisch Gladbach), 25.02.2010, 29.04.2010, 24.06.2010, 02.09.2010 sowie am Dienstag, dem 16.11.2010 im Ratssaal Bensberg.

Der Vorsitzende zitiert aus einem Gespräch mit Frau Liane Schneider. Diese habe zuvor mit einem Mitarbeiter des Landesstraßenbetriebes Nordrhein-Westfalen telefoniert. Demnach solle das Land NRW die Bahndammtrasse als Teil einer Verbesserung der L288 von Leverkusen über Bergisch Gladbach nach Rösrath geplant haben. Dies bedeutet ihrer Ansicht nach, dass man mit einer sehr starken Durchgangsverkehrsbelastung östlich und parallel zu der Autobahn A3 rechnen müsse. Der Bau einer L288n sei vom Land bereits im Jahr 1981/1982 diskutiert worden. Diesen Planungen zufolge solle die L288n ein Stück parallel zur Autobahn A 4 geführt werden, um dann an die Straße nach Forsbach und Autobahnauffahrt Moitzfeld angebunden zu werden. Der Verkehr Richtung Köln würde dann über die Brüderstraße zur Autobahnauffahrt Frankenforst gelenkt werden. Bei einer Umsetzung dieser Planung würde eine der beiden benachbarten Autobahnauffahrten Moitzfeld und Frankenforst geschlossen bzw. jede nur für eine Richtung offen gehalten werden.

Herr Mömkes gibt zu bedenken, dass es sich bei dem zitierten Telefonat um keine verlässliche Informationsquelle handele, da weder bekannt sei, mit wem Frau Schneider gesprochen habe, noch ob dieser Mitarbeiter dazu befugt gewesen sei, die entsprechende Informationen mitzuteilen bzw. ob die Mitteilung des Mitarbeiters der Wahrheit entspreche.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Schließung einer der beiden genannten Autobahnauffahrten und -abfahrten schon länger im Gespräch sei und das Land keinen Autobahnzubringer als innerstädtische Baumaßnahme plane, so dass der geplante Straßenbau im Zuge der gesamten L288 zu sehen ist.

Herr Buchen stimmt Herrn Mömkes Wortmeldung zu und fragt nach, ob es mittlerweile eine Rücksprache mit dem Landesstraßenbetrieb Nordrhein-Westfalen zur Überprüfung der Informationen gegeben habe.

Auf diese Frage antwortet der Vorsitzende, dass am Donnerstag, den 03.12.2009 mit Herrn Schmickler und Herrn Kurz eine verwaltungsinterne Vorstellung des Umweltberichtes zu dieser Straße stattfinden werde und Herr Schmickler demnach den Wahrheitsgehalt der Informationen bestätigen könne.

Herr Schmickler erwidert, dass er - sobald ihm verlässliche Informationen des Landes über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen vorliegen würden - diese an die Ausschussmitglieder und Ratsmitglieder weiterleiten werde.

Der Vorsitzende erwidert, dass seine Informationsquelle bisher immer zuverlässig gewesen sei und ihm durch sie Aussagen zugetragen worden seien, die er von der Verwaltung nicht erhalten habe. Er hofft, dass die Informationspolitik der Verwaltung in dieser Sache sehr umfassend, früh und offensiv sein werde.

Dieser Aussage pflichtet Herr Santillán teilweise bei. Er weist darauf hin, dass die Bürgerinitiativen von der Verwaltung nicht informiert würden. Zwar findet er es bedenklich, dass in der Telefonmitschrift keine Namen angegeben würden, er glaubt hingegen, dass die Informationen nicht frei erfunden seien und begrüßt deren Weitergabe über den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Vorsitzenden“.

Herr Galley schließt sich der Meinung von Herrn Mömkes an und stellt aufgrund der Funktion von Frau Schneider die Neutralität der Wiedergabe ihrer Informationen in Frage. Dies wird von Herrn Buchen bestätigt.

Der Vorsitzende entgegnet dem nochmals, dass die Informationen von Frau Schneider bisher immer richtig gewesen seien.

Ferner betont er die wichtige Stellung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr in der heutigen Zeit. Er spricht sich dafür aus, sich in diesem Ausschuss stärker als in den Jahrzehnten zuvor mit der Realisierung des globalen Denkens bezüglich des Umweltschutzes im lokalen Sektor zu beschäftigen und bekräftigt, dass die Vorgaben der CO^2-Ausstoß-Senkung und die Beachtung der Nachhaltigkeit auch bei der Bauleitplanung und bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden müssen. Der Ausschuss sei demnach dafür zuständig, die Umsetzung der Vorgaben zu gewährleisten und zu kontrollieren.

Frau Kreft stimmt mit Herrn Ziffus in seiner Aussage überein, bemängelt hingegen die Art der Übermittlung.

Herr Komenda lässt Revue passieren, dass Ausschussmitglieder in der Vergangenheit zu den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kompromissvorschläge eingebracht hätten, diese dann aber von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden seien, weil sie den Umweltschutz nicht weit genug ermöglicht hätten. Er hofft dass dies im jetzigen Ausschuss nicht mehr vorkommen werde, so dass wenigstens Kompromisse im Sinne des Umweltschutzes eingegangen werden könnten, sofern ein Antrag nicht die volle Zustimmung des Ausschusses erhalte.

Dies wird von Herrn Mömkes ebenso gesehen. Er bittet allerdings darum, den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Vorsitzenden“ in Zukunft restriktiv zu handhaben, damit mehr Zeit verbleibe, um sich mit den restlichen Tagesordnungspunkten intensiver beschäftigen zu können.

Herr Wagner findet, es sei vernünftig, eine Diskussion über konkrete Probleme einzuleiten, aber nicht zu allgemeinen Aussagen. Aus diesem Grund schlägt er vor, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden.

8. Ausbau von jeweils einer Mittelinsel in der Gierather Straße und im Schlodderdicher Weg

0497/2009

Herr Mömkes fragt nach, wie die Finanzierung der beiden Mittelinseln im Jahr 2010 konkret aussehen solle.

Hierzu antwortet Herr Hardt, dass ihm aktuell ein Entwurf des Kämmerers vorliege, in dem verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung aufgezeigt würden. Wenn diese Möglichkeiten so realisierbar seien, könnte die Stadt nächstes Jahr beide Mittelinseln herstellen.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr einstimmig den Beschluss:
Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beauftragt die Verwaltung, in der Gierather Straße und im Schlodderdicher Weg jeweils eine barrierefreie Mittelinsel gemäß der vorgestellten Planung herzustellen.

9. Anträge der Fraktionen

9.1. Antrag der CDU-Fraktion, eingegangen am 12.11.2009, die Verwaltung möge prüfen, welche Dächer von städtischen Gebäuden aktuell und kurzfristig für die Nutzung von Solaranlagen geeignet sind und in welcher Form diese kurzfristig vermarktet werden können

0501/2009

Zum Antrag erläutert Herr Mömkes, dass seine Fraktion diesen nicht nur gestellt habe, um eine Vermarktung herbeizuführen, sondern auch um erneuerbare Energien im Stadtgebiet für die städtischen Gebäude einsetzen zu können. Er fügt hinzu, dass der Verwaltungsvorschlag die Zustimmung der CDU-Fraktion finde.

Grundsätzlich findet Herr Santillán die Prüfung der städtischen Dächer auf Nutzung durch Solarenergie begrüßenswert. Er spricht sich dafür aus, dass der durch Solaranlagen erzeugte Strom von der Stadt selber genutzt werden solle und kritisiert , dass die Solaranlagen vermarktet bzw. an private Investoren verpachtet werden sollen. Alternativ schlägt er vor, dass die Stadt stattdessen die Anlagen selber oder im Rahmen einer ihrer Gesellschaften betreiben bzw. eine eigene Gesellschaft dafür gründen solle. Seine Fraktion stimme dem Prüfauftrag jedoch trotzdem zu und verschiebe die Frage der Art der Umsetzung auf eine spätere Ausschusssitzung, sofern dort die Ergebnisse der Prüfung vorlägen.

Herr Komenda stellt die Zustimmung seiner Fraktion ebenfalls in Aussicht, jedoch sei er verwundert darüber, dass der Antrag überhaupt gestellt werden musste, da bereits vor einem Jahr Versprechen von Seiten der Verwaltung gemacht worden seien, sich im Zuge des Projektes „Solar Lokal“ mit der Möglichkeit der Stromerzeugung durch Solarenergie zu beschäftigen. Abschließend möchte er wissen, warum dieser Antrag im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr sowie im Infrastrukturausschuss auf der Tagesordnung stehe.

Herr Schallehn ist erfreut über den Antrag und weist darauf hin, dass seine Fraktion diesen unterstütze. Er finde es vor allen Dingen positiv, dass der Antrag von Seiten der CDU-Fraktion gestellt worden sei, die in der Vergangenheit ähnliche Bemühungen nicht unterstützt habe. In den vergangenen Tagen habe er sich die Internetseite von „Solar Lokal“ angeschaut. Er habe sich darüber gewundert, dass er dort in der Tauschbörse keine Fläche finden konnte, die sich in Bergisch Gladbach befinde, obwohl die Stadt bereits mit Beschluss vom 29.11.2007 Mitglied bei „Solar Lokal“ geworden sei.

Herr Schmickler antwortet auf Herrn Komendas Frage, dass der Antrag zur Prüfung der städtischen Dächer in Hinblick auf die Eignung für die Nutzung von Solaranlagen im Infrastrukturausschuss behandelt werde, da dieser Ausschuss für die städtischen Gebäude zuständig sei.

Der Vorsitzende führt aus, dass der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr nach der Zuständigkeitsordnung über diesen Antrag entscheiden könne und der Antrag dann in den Infrastrukturausschuss eingebracht werde.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr einstimmig den Beschluss:
Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr nimmt den Antrag, zu prüfen welche Dächer von städtischen Gebäuden aktuell und kurzfristig für die Nutzung von Solaranlagen geeignet sind und in welcher Form diese kurzfristig vermarktet werden können, an.

9.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 9. November 2009, an der Bushaltestelle Siebenmorgen/Dolmanstraße, Fahrtrichtung Gladbach, eine Wartehalle

aufzustellen
0508/2009

Herr Mömkes führt zu dem Antrag seiner Fraktion aus, dass diese Haltestelle die einzige auf dieser Linie sei, die nicht über ein Wartehäuschen verfüge und es für die Bürger bei schlechtem Wetter sehr unangenehm sei, dort ohne Schutz warten zu müssen. Die Vordächer der angrenzenden Häuser böten ebenfalls keinen Schutz, da sie nicht weit genug überstehen und außerdem mindestens 10 Meter von der Straße entfernt liegen, so dass auch bedingt durch ein im Sichtfeld platziertes Trafohaus die Ankunft des Busses nicht einsehbar sei. Er wünsche sich, dass die Verwaltung den Antrag so auffasse, primär mit dem Eigentümer des Privatgeländes hinter der Haltestelle in Verhandlungen zu treten, so dass der Bau einer durch die Kölner Außenwerbung finanzierten Wartehalle möglich wäre und sich die Verwaltung alternativ um eine finanzielle Förderung bemühe.

Inwieweit es prinzipiell nicht mehr möglich sei, das Wartehäuschen über der Bezirksregierung Köln finanziell zu fördern, fragt Herr Ebbinghaus. Ferner möchte er wissen, ob sich die Aussage hierzu aus der Vorlage zum Antrag, nur auf das Haushaltsjahr 2010 beziehe. In diesem Fall schlage er vor, die Baumaßnahme in das Jahr 2011 zu verschieben.

Herr Hardt antwortet, dass sich die Aussage der Bezirksregierung auf den bereits gestellten Antrag der Stadt Bergisch Gladbach beziehe und dass dieser nicht mehr erweitert werden kön-ne. Er ergänzt, dass es nicht sicher sei, ob die Stadt bei einem Neuantrag eine finanzielle Förderung erhalte.

Herr Santillán interessiert sich für die langfristige Finanzierung des Wartehäuschens. Er möchte wissen, wie viele Einnahmen bei einem Wartehäuschen mit Werbung zu erwarten seien.

Herr Hardt erläutert, dass es zwei Typen von Wartehäuschen im Stadtgebiet gebe. Ein Typ werde von der Kölner Außenwerbung aufgestellt und habe eine große Werbevitrine an der Seite. Diese Art von Wartehäuschen erbringe der Stadt nur Einnahmen, weil die Kölner Außenwerbung mit den Entgelten ihrer Werbekunden die Wartehalle erstelle, beleuchte, reinige und Einnahmen an die Stadt abgebe. Überall dort, wo diese Wartehallen aus Platzgründen nicht untergebracht werden können, würden Wartehallen des anderen Typs aufgestellt. Diese Art von Wartehallen hätten keine Werbeflächen und erbrächten somit auch keine Einnahmen, da sie von der Stadt komplett selbst finanziert und unterhalten würden. Da es wünschenswert sei, eine Wartehalle mit Werbevitrine an dieser Stelle aufzubauen, wäre die Stadt bereit, dem Privateigentümer der Fläche hinter der Haltestelle eine Miete z.B. in Höhe des Abgabebetrags der Kölner Außenwerbung an die Stadt zu zahlen. Dieser Abgabebetrag betrage momentan ca. 250,00 € pro Jahr.

Herr Santillán resümiert, dass in Anbetracht der Haushaltslage der Stadt eine größere Wartehalle mit Werbevitrine wünschenswert wäre.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Hardt bittet Herr Wilhelm zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, den Fuß- und Radweg auf der Strecke der Haltestelle zusammen zu legen, so dass auf der städtischen Fläche ausreichend Platz für eine Wartehalle der Kölner Außenwerbung entstehen könne.
Der Vorsitzende weist darauf hin, dass an einer so zentralen Stelle die adäquate Breite des Fuß- und Radwegs gegeben sein müsse.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr einstimmig den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt die Errichtung einer Wartehalle an der Bushaltestelle Siebenmorgen/Dolmanstraße Fahrtrichtung Bergisch Gladbach.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Schallehn:
Ich habe eine Frage zu dem Fußweg, der vom Viktoria-Kino-Center zum Parkhaus des Evangelischen Krankenhauses führt. Mir wurde zugetragen, dass dort die Beleuchtung nachts ab 22 Uhr abgestellt wird. Es wäre sinnvoll, gerade im Hinblick auf die Kinobesucher, die eventuell zukünftig das Parkhaus nutzen werden, diesen Weg länger zu beleuchten.

Herr Ziffus:
Dies gilt übrigens in gleicher Weise auch für die Lampen an der Buchmühle. Auch diese werden ab 22 Uhr abgeschaltet. Wer z.B. an der Volkshochschule ist und sein Auto im katholischen Parkhaus abgestellt hat, hat das gleiche Problem.

Herr Hardt erklärt zu Herrn Schallehns Frage, dass es dort Beschwerden der Nachbarschaft gegeben habe, weil diese von dem Licht der Laternen geblendet worden seien, so dass sich vorerst darauf geeinigt wurde, die Laternen um 23 Uhr abzuschalten. Im Moment fänden nach seinem Wissensstand Gespräche mit der Nachbarschaft statt, damit die Leuchten durchgehend angelassen werden können.

Weiterhin sagt Herr Hardt zu, dem Problem an der Buchmühle nachzugehen, sofern ihm die Nummern der Laternen mitgeteilt würden, da der Verdacht bestehe, dass diese Leuchten defekt seien.

Herr Ziffus ergänzt, dass seiner Meinung nach die Zuwegungen zu den Parkhäusern, generell mindestens bis 24 Uhr beleuchtet werden müssen und dass, wenn Anlieger durch die Leuchten geblendet würden, niedrigere Laternen eingesetzt werden müssen, die nur den Fußweg beleuchten.

Herr Wilhelm:
Ich beobachte seit längerem, dass nach Sanierungsarbeiten in der Höhe der Gaststätte Fürstenhof, Richtung Refrather Weg, immer noch eine Absperrung existiert und die Straße deshalb als Sackgasse ausgewiesen ist. Es entsteht erheblicher Rückstau, weil die meisten Autofahrer unwissend in die Sackgasse hinein fahren und dann umständlich wenden müssen. Ist es absehbar, dass die Absperrung aufgehoben wird?

Herr Hardt begründet die andauernde Absperrung so, dass die Lichtsignalanlagen des Gronauer Kreises ausgetauscht wurden, jedoch die unmittelbar daneben liegende Lichtsignalanlage vom Gronauer Waldweg noch nicht. Dies habe zur Folge, dass die Koordination der Anlagen noch nicht erfolgt sei und es so zu einem Rückstau in Richtung Refrath komme. Als sinnvollere Alternative gebe es nur die Möglichkeit, die Lichtsignalanlage des Gronauer Waldweges auszuschalten und die Straße gesperrt zu lassen. Jedoch werde die Anlage in Kürze ebenfalls erneuert, so dass die alte Situation wieder hergestellt werde.

Herr Ziffus:
Wie viel Prozent der städtischen Lichtsignalanlagen sind mittlerweile durch energiesparende Anlagen ausgetauscht worden?

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass derzeit etwa die Hälfte der Lichtsignalanlagen auf LED-Technik umgerüstet worden seien. Die übrigen Anlagen seien in 10-Volt-Technik ausgeführt. Von den alten Lichtsignalanlagen in 220-Volt-Technik würden keine mehr im Stadtgebiet eingesetzt. Weiter führt er aus, dass der aktuelle, 33 Anlagen umfassende Auftrag etwa zur Hälfte abgearbeitet sei, so dass in nächster Zukunft noch die Anlagen auf dem Refrather Weg und der Bensberger Straße ausgetauscht würden.

Herr Ferger:
Ich habe einen Artikel aus dem Kölner Stadtanzeiger vorliegen, in dem über das Parkleitsystem der Stadt Bergisch Gladbach geschrieben wird. Gibt es hierzu schon Bestrebungen, damit die Bürger die vorhandenen Parkplätze schneller finden?

Herr Schmickler antwortet, dass das Parkleitsystem seit vielen Jahren Gegenstand der grundsätzlichen Planungen und jetzt Teil der Projekte im Rahmen der Regionale 2010 sei. Ob und in welchem Umfang die Regionale 2010 verwirklicht werde, stehe im Moment noch in Frage. Er weist aber darauf hin, dass die Stadt bemüht sei, Lösungen zu finden, um dieses Projekt zu realisieren und betont auch, dass ein Parkleitsystem jedoch nur dann Sinn mache, wenn eine vernünftige Parkplatzstruktur vorhanden sei und bereits feststehe, wo diese Anlagen zukünftig sein sollen. Diese Entscheidungen seien im Regionale 2010-Prozess noch endgültig zu treffen.

Herr Schlaghecken:
Ich habe die Frage, wie weit die Bemühungen des Evangelischen Krankenhauses sind, die unteren beiden Etagen ihres Parkhauses durch Asphaltierung und Ausleuchtung als Parkraum nutzbar zu machen. In dem Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 17.09.2009 ist als Inbetriebnahme das 1. Halbjahr 2010 angegeben. Bleibt es bei dieser Zeitabgabe?

Herr Schallehn:
Ich habe eine Frage zu der Straßensperrung für den Bau des Seniorenwohnheims in der Straße Ball. Wie lange wird die Sperrung dort noch aufrechterhalten? Wenn die Sperrung noch länger andauert, sollte man sich um eine Umleitung bemühen, weil die Verkehrssituation vor Ort chaotisch ist.

Herr Hardt erwidert, dass die Sperrung für zwei Wochen geplant sei. Die Umleitung sei nach seinem Wissen gut ausgeschildert. Eine Schwierigkeit bei der Umleitung bestehe darin, dass es beim Verkehrsabfluss, der über die Einmündung Hecken gelenkt wird, bei hohem Verkehrsaufkommen zu einem Rückstau kommen könne.

Herr Schallehn schlägt vor, die Umleitung für die Fahrer, die Richtung Kürten-Spitze fahren, über die Straße Grünenbäumchen zu legen.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, die Situation zu beobachten und notfalls schon eine Umleitung ab Bergisch Gladbach-Sand einzurichten.

Anschließend schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.20 Uhr.

_____	_____
Vorsitzender	Schriftführung